

Medienmitteilung

Ja zur Änderung der Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten

Solothurn, 24. Mai 2011 – Der Regierungsrat unterstützt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die vorgeschlagene Revision der Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten. Mit der Revision werden ausschliesslich die rechtlichen Grundlagen für den Aufbau, Betrieb und Zugriff auf die Vollzugsdatenbank angepasst.

Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich die Verordnungsrevision, die darauf abzielt die Bestimmungen über die Vollzugsdatenbank anzupassen.

Damit wird die Vernetzungsfähigkeit der einzelnen Vollzugsorgane verbessert. Gleichzeitig wird den Erfordernissen des Datenschutzes besser Rechnung getragen und es werden Auswertungsmöglichkeiten zu Gunsten der Präventions- und Koordinationsaktivitäten der Vollzugsorgane geschaffen.